



Samstag, 21. März 2026, 13:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Tod eines Staatsphilosophen

Der unlängst verstorbene Jürgen Habermas galt als Prototyp eines politischen Philosophen — leider hat er auch das Versagen seiner Zunft in den aktuellen Krisen vorweggenommen.

von Klaus-Jürgen Bruder
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (360b)

Jürgen Habermas — wer kennt ihn nicht? Die

Laudatoren, die anlässlich seines Todes das Wort ergriffen, betonen die überragende Bedeutung seiner Theorie. Interessant ist aber vor allem seine politische Funktion als Staatsphilosoph. Habermas hat sich immer wieder vor allem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Staatszeitung par excellence, zu Wort gemeldet und sich dort in einer sehr affirmativen Weise staatstragend geäußert. Damit widersprach er seiner eigenen Theorie des „herrschaftsfreien Diskurses“. Von daher ist es naheliegend, diese als das Feigenblatt vor seinem staatsphilosophischen Gestus zu verstehen. Tatsächlich kann man diese Tendenz bereits früh feststellen. Schon am Anfang der Studentenbewegung hat Habermas eine scharf ablehnende Haltung gegen diese eingenommen. Heutige Laudatoren scheinen dies aber nicht gemerkt zu haben oder tun so, als hätten sie es nicht gemerkt. Es ist ein sehr bezeichnendes Charakteristikum der deutschen Intelligenz, die sich gerne aufgeklärt, linksliberal gibt, dabei aber ihre eigene Staatsloyalität verleugnet.

„Habermas ist im Alter von 96 Jahren in Starnberg verstorben.

Wir werden ihn vermissen“, mit diesem Treueschwur endet die Lobrede im Handelsblatt vom 16. März 2026. Habermas war für die deutsche Intelligenz, für die „Linke“ Verpflichtung und Beruhigung — ihre Inkarnation.

Am Anfang, 1962, stand der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ — die Fanfare, die die Mauern des Adenauerschen Jericho, von

Habermas als „VerdrängungsAntikommunismus“ bezeichnet, zum Einstürzen bringen sollte. Pflichtlektüre für jeden SDS-ler, SDS ist die Abkürzung für Sozialistischer Deutscher Studentenbund. Dass sie daraus praktische Konsequenzen zu ziehen begonnen hatten, musste sofort unterbunden werden: „Linksfaschisten“ nannte Habermas die rebellierenden Studenten, die den Schahbesuch in Berlin nicht unkommentiert sich bieten lassen wollten. Ihnen war durch den Schuss auf Benno Ohnesorg bereits staatlicherseits klargemacht worden, wer in diesem immer noch das Sagen hat, zu sagen beansprucht. Habermas hat diesem Akt sekundiert, indem er seinen Schuldspruch am Grabe des Ermordeten über die Trauergäste schleuderte.

Damit war von Anfang an klar, wie weit der Spielraum der Intellektuellen in der inzwischen sich emanzipiert gebenden Bundesrepublik gehen durfte. Es waren aber noch einige Pflöcke in den Diskurs der Macht einzurammen, bevor er zu dieser perversen Umkehr des Antifaschismus als Staatsräson mutierte beziehungsweise werden konnte, die das Versprechen „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten in den Scheiterhaufen der Militarisierung der gesamten Gesellschaft geworfen hat.

Was auf der politischen Bühne das double Bind von „Mehr Demokratie wagen!“ und Berufsverboten mittels „Radikalenerlass“ war, wurde auf der theoretisch intellektuellen Ebene von Habermas als „kommunikatives Handeln“ im Rahmen eines „herrschaftsfreien Diskurses“ zelebriert.

Die Einschüchterung durch den Radikalenerlass erhielt durch Entpolitisierung der Protestbewegung ihre legitimatorische Begleitung.

Die Entstehung der RAF (Rote Armee Fraktion) kann von dieser Seite

her als Versuch verstanden werden, gegen diesen bereits anrollenden Tsunami die Konsequenz der Radikalisierung der Kritik zu halten, aufzustellen. Sie hat aber dem Staat die Handhabe gegeben, das durch die schwindende Loyalität der Bevölkerung verlorene Terrain an Respekt durch Angst wieder zurückzugewinnen, zurückzuerobern, indem sie dem Staat die Arbeit der Spaltung abnahm. Peter Brückners Suspendierung hat den intellektuellen Gegenpart zu Habermas aus dem Verkehr zu ziehen versucht.

Habermas konnte sich zurücklehnen, 1971 durch Kamingespräche mit einem aus der Nichtbeachtung herausgezogenen Systemtheoretiker namens Niklas Luhmann sich zum Kant des 20. Jahrhunderts machen.

Erst die Postmodernen haben diese Position zu beunruhigen vermocht. Waren sie doch nicht an einer Überwindung des Marxismus wie Habermas interessiert, sondern an einer Aktualisierung der Gesellschaftskritik durchaus in der Radikalität des frühen Marx (1).

Bevor er sich 1985 ihnen stellte hatte er sich 1973 den „Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus“ zugewandt. „Indirekte, rational wirkende Kapitalismusrechtfertigung“, wie Arnold Schölzel 2019 urteilte, „die den Kern des Habermasschen Werks ausmacht.“

Aber zunächst muss an dieser Stelle die Bedeutung der Suspendierung Peter Brückners skizziert werden. Sie trägt entscheidend zum Verständnis der Entwicklung der deutschen Intellektuellen und den deutschen Linken bei. Brückner, Professor für Psychologie an der Technischen Universität Hannover, war zweimal suspendiert worden. Die erste Suspendierung im Jahr 1972 war damit begründet worden, dass Brückner der als RAF-Mitglied

steckbrieflich gesuchten Ulrike Meinhof Unterschlupf gewährt habe – was nicht nachgewiesen werden konnte, weshalb die Suspendierung wieder aufgehoben werden musste.

Die zweite Suspendierung 1978 war damit gerechtfertigt worden, dass Brückner „Folgerungen aus einem aktiven politischen Verhalten“ gezogen habe. Vorgeworfen wurde ihm, dass er mit 48 anderen Hochschullehrern ein studentisches Flugblatt unverkürzt der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht hatte. Damit habe er „nicht Lehre ausgeübt“, sondern sich „am politischen Meinungskampf beteiligt“, „versucht, ... auf den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung einzuwirken“, was einem Beamten verboten ist, sofern es nicht der staatstragenden Meinung entspricht. Peter Brückner handelte aus der Überzeugung, es sei „die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein“.

Erinnern wir uns: Ende April 1977, nach dem Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback, veröffentlichte der Göttinger AStA in seiner Zeitung einen Beitrag „Buback – ein Nachruf“. Der Autor, der sich durch die Unterschrift „ein Mescalero“ als Stadtindianer vorstellte, konnte zwar ein Gefühl „klammheimlicher Freude“ über den Tod des Generalbundesanwalts nicht verhehlen, kam aber in der Reflexion seiner spontanen Einfälle schließlich zu der Einsicht, dass individueller wie kollektiver Terror abzulehnen sei.

Dem AStA wurde daraufhin die weitere Verbreitung des Artikels untersagt. Er sollte einige Äußerungen daraus „öffentlich zurücknehmen“. Gleichzeitig zitierten verschiedene Zeitungen Passagen des „Nachrufs“, die aus ihrem Zusammenhang gerissen von der Substanz her den Artikel in sein Gegenteil verkehrten.

Es wurde Strafantrag gestellt. Mit einem Großeinsatz der Polizei wurde der Eindruck der Fahndung nach Schwerverbrechern erweckt.

In dieser Situation entschlossen sich 48 Hochschullehrer, den „Nachruf“ ihrerseits zu veröffentlichen. Sie waren der Ansicht, dass es „jedem Gebot intellektueller Redlichkeit widersprach, das Denkprozeß-Ergebnis des Autors durch ein aus dem Kontext herausgerissenes Einzelzitat manipulativ und irreführend in sein Gegenteil zu verkehren“.

Das entfachte nun erst recht die Hetzkampagne eines großen Teils der Presse. Vor allem für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und Springers Blätter waren die Professoren Spießgesellen von Mördern, von politischen Gewaltverbrechern. Disziplinarverfahren und staatsanwaltliche Ermittlungen wurden angedroht oder eingeleitet. Der niedersächsische Wissenschaftsminister Eudard Pestel forderte die elf niedersächsischen Hochschullehrer auf, sich bis spätestens Ende Juli 77 von dem „Mescalero“-Text zu distanzieren. „Distanzieren Sie sich oder gehen Sie!“ lautete die Schlagzeit in der *Welt* vom 9. Juli.

Bis es so weit war, dass Peter Brückner, weil er sich nicht distanzierte, als einziger der 48 Herausgeber der Dokumentation am 14. Oktober 1977 vom Dienst suspendiert wurde, musste erst jenes Klima unglaublicher Verdächtigungen gegen die Linke und deren entwürdigende Unterwerfung, im Gefolge der Schleyer-Entführung, geschaffen werden, die als „deutscher Herbst“ in die Geschichte der BRD eingegangen ist.

Peter Brückner hatte mittlerweile eine Analyse des kriminalisierten „Nachrufs“ und der gegen diesen inszenierten Kampagnen veröffentlicht, die zu den großartigsten Dokumenten politischer Psychologie zählt. Mit außerordentlichem Feingefühl bringt er die Sprache der verschiedenen Texte zum Sprechen und öffnete die Augen für dieses „Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur“.

Man hätte erwartet, dass nun die bisher Zögernden diesem Beispiel von Besonnenheit folgten und sich solidarisch gegen die haltlosen

Verdächtigungen vor ihre Kollegen und die Studenten stellten. Statt dessen geschah das Unglaubliche, bis heute noch Unfassbare, dass 177 Hochschullehrer, zum Teil namhafte Linke, sich bereitfanden, in der *Frankfurter Rundschau* vom 17. September eine Erklärung zu veröffentlichen, in der sie sich als die „besseren“ Pädagogen dem zu allem entschlossenen Staat anboten: „Wir werden auch in Zukunft allen Bestrebungen unter Studenten entgegenwirken, die aus beruflicher und angeblich politischer Perspektivlosigkeit zu 'klammheimlicher Freude' oder erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber diesen politisch motivierten Morden tendieren...“ Brückners „Mescalero-Broschüre“ blieb damit die „Provokation“ eines einzelnen und umso leichter konnte er suspendiert werden.

Die Linke hat im „Deutschen Herbst“ ihr Selbstbewusstsein verschenkt – lange vor der sogenannten „Wende“ war sie selbst zur „Übernahme von Verantwortung“ sprich Übergabe bereit.

Dass Habermas 1987, knapp 15 Jahre später, den für die Herausbildung eines Antifaschismus als Staatsräson nur benötigten „Historikerstreit“ mit Ernst Nolte vom Zaun gebrochen hat, war selber staatsphilosophische Geste.

So wie seine Begriffsschöpfung der „nachholenden Revolution“ für den konterrevolutionären Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Die Westorientierung war für ihn eine „Einübung in den aufrechten Gang“, so im Brief an Christa Wolf, Herbst 1991.

Die Bejahung einer deutschen Beteiligung am Angriffskrieg von 1999 durch Habermas als „Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“ gefeiert, war „insofern konsequent“, so Schölzel.

Friedrich Merz (CDU): „Seine analytische Schärfe prägte weit über die Grenzen unseres Landes hinaus den demokratischen Diskurs und wirkte wie ein Leuchtfeuer in tosender See.“



Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Dr., studierte Psychologie, Soziologie und Politik in Würzburg und Heidelberg und lehrte an der Freien Universität Berlin. Er gilt als einer der profiliertesten Vertreter einer explizit gesellschaftskritischen Psychologie und war bis 2023 für viele Jahre Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP).